Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/283

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
7 — 80606 — 5130/62

Bonn, den 26. März 1962

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung

nebst Begründung, Abdruck des Abkommens in deutscher und griechischer Sprache, Abdruck des Schlußprotokolls zu dem Abkommen sowie der Denkschrift zum Abkommen und zum Schlußprotokoll mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 242. Sitzung am 16. März 1962 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Entwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers

Ludwig Erhard

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 31. Mai 1961 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung und dem Schlußprotokoll wird zugestimmt. Das Abkommen und das Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 und das Schlußprotokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Abkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil die Artikel 15, 16, 17, 18, 19, 20 und 21 des Abkommens u. a. auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regeln.

Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch im Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Kosten

Bei der Durchführung des Abkommens werden Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet. Eine etwaige Belastung des Bundes durch die Gewährung von Leistungen der Arbeitslosenhilfe an griechische Staatsangehörige in Auswirkung der Bestimmungen des Abkommens kann kein nennenswertes Ausmaß annehmen. Griechische Staatsangehörige sind in der Arbeitslosenhilfe auf Grund der Fünften Durchführungsverordnung zum AVAVG vom 22. Mai 1958 (BGBl. I S. 377) und auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 Buchstabe d des Vorläufigen Europäischen Abkommens über Soziale Sicherheit unter Ausschluß der Systeme für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen vom 11. Dezember 1953 (BGBl. 1956 II S. 507) Deutschen bereits weitgehend gleichgestellt, so daß ihnen nur in wenigen Ausnahmefällen durch das Abkommen insoweit neue Rechte eröffnet werden.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung

Σύμβασις Περὶ ἀσφαλίσεως κατὰ τῆς ἀνεργίας μεταξὺ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER HELLENEN

IN DEM WUNSCHE, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereiche der Sozialen Sicherheit für den Fall der Arbeitslosigkeit zu regeln, und

IN ANERKENNUNG des Grundsatzes, daß die Staatsangehörigen der beiden Staaten bei Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit einander gleichstehen,

SIND ÜBEREINGEKOMMEN, hierüber ein Abkommen zu schließen und

HABEN zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Staatssekretär Professor Dr. Karl Carstens und
Herrn Staatssekretär Dr. Wilhelm Claussen

Seine Majestät der König der Hellenen
Seine Exzellenz den Königlich Hellenischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Bundesrepublik"
   die Bundesrepublik Deutschland,
   „Griechenland"
   das Königreich Griechenland;
2. „Hoheitsgebiet"
   in bezug auf die Bundesrepublik den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf Griechenland den Geltungsbereich der Verfassung von Griechenland;
3. „Staatsangehöriger"
   in bezug auf die Bundesrepublik einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
   in bezug auf Griechenland einen Griechen im Sinne der im Königreich Griechenland geltenden Rechtsvorschriften;

Ὁ ΠΡΟΕΔΡΟΣ ΤΗΣ Ὁ ΜΟΣΠΟΝΔΙΑΚΗΣ
ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ
καὶ
Ἡ ΑΥΤΟΥ ΜΕΓΑΛΕΙΟΤΗΣ Ο ΒΑΣΙΛΕΥΣ
ΤΩΝ ἙΛΛΗΝΩΝ

ΕΠΙΘΥΜΟΥΝΤΕΣ ΟΠΩΣ ΔΙΑΚΑΝΟΝΙΣΩΣΙ τὰς ἀμοιβαίας σχέσεις μεταξὺ των δύο Κρατῶν περὶ Κοινωνικῆς Ἀσφαλίσεως καὶ ἰδίως εἰς ὅ, τι ἀφορᾶ τὴν ἀνεργίαν καὶ ἀναγνωρίζοντες τὴν ἀρχὴν τῆς ἴσης μεταχειρίσεως τῶν ὑπηκόων τῶν δύο Κρατῶν εἰς ὅ, τι ἀφορᾶ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν ἐθνικῶν νομοθεσιῶν περὶ Κοινωνικῆς Ἀσφαλίσεως, ἀπεφάσισαν τὴν σύναψιν τῆς παρούσης Συμβάσεως καὶ πρὸς τὸν σκοπὸν τοῦτον ὥρισαν πληρεξουσίους αὐτῶν ὡς ἀκολούθως:

Ὁ Πρόεδρος τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας τὸν Κύριον Ὑφυπουργὸν Καθηγητὴν Dr. Karl Carstens καὶ τὸν Κύριον Ὑφυπουργὸν Dr. Wilhelm Claussen,

Ἡ Αὐτοῦ Μεγαλειότης ὁ Βασιλεὺς τῶν Ἑλλήνων τὴν Αὐτοῦ Ἐξοχότητα τὸν Πρέσβυν τῆς Ἑλλάδος ἐν Βόννῃ Κύριον Θωμᾶν Ὑψηλάντην

οἱ ὁποῖοι κατόπιν ἀνταλλαγῆς τῶν ἐγκύρων ἐξουσι οδοτήσεὼν των ἀπεφάσισαν τὰ ἀκόλουθα:

Τιτλος I
Γενκαὶ Διατάξεις

Ἄρθρον 1ον
Ὁρισμοὶ

Διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως, νοεῖται ὑπὸ πὸν ὅρον:

1. «Ομσπονδιακὴ Δημονρατία»,
   Ἡ Ὁμοσπονδιακὴ Δημοκρατία τῆς Γερμανίας.
   «Ἑλλὰς»,
   τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος.
2. «Ἔδαφος»
   διὰ μὲν τὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δεμοκρατίαν, ὁ χῶρος ἐφαρμογῆς τοῦ θεμελιώδους νόμου τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δεμοκρατίας,
   διὰ μὲν τὴν Ἑλλάδα, ὁ χῶρος ἐφαρμογῆς τοῦ Ἑλληνικοῦ Συντάγματος.
3. «ὑπήκοος»,
   διὰ μὲν τὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν πᾶς Γερμανὸς κατὰ τὴν ἔννοιαν τοῦ θεμελιώδους νόμου τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δεμοκρατίας.
   διὰ δὲ τὴν Ἑλλάδα. πᾶν πρόσωπον φέρον τὴν Ἑλληνικὴν ὑπηκοότετα κατὰ τὰς διατάξεις τῆς ἐγχωρίου νομοθεσίας.

4. „Rechtsvorschriften"
Gesetze, Verordnungen, satzungsmäßige und ähnliche Bestimmungen, die sich auf die in Artikel 2 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen und in irgendeinem Teil des Hoheitsgebietes einer Vertragspartei in Kraft sind;

5. „Zuständige Behörde"
in bezug auf die Bundesrepublik den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
in bezug auf Griechenland den Arbeitsminister;

6. „Träger"
in bezug auf die Bundesrepublik die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung,
in bezug auf Griechenland die Anstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung;

7. „Angehöriger"
einen Angehörigen oder Familienangehörigen im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;

8. „Beschäftigung"
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften.

4. «νομοθεσία»,
οἱ νόμοι καὶ γοιπαὶ διατάζεις, ἔχουσαι ἰσχὺν νόμου, αἱ καταστατικαὶ καὶ ἄλλαι παρόμοιαι διατάζεις, ἰσχύουσαι καθ᾿ἅπασαν τὴν χώραν ἤ τμῆμα αὐτῆς,ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καὶ ἀναφερόμεναι εἰς τοὺς κλάδους Κοινωνικῆς Ἀσφαλίσεως, περὶ τοῦ ὁποίου διαλαμβάνει τὸ ἄρθρον 2 τῆς παρούσης Συμβάσεως.

5. «ἁρμοδὶα ἀρχὴ»,
δὶα μὲν τὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν, ὁ Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, ὡς πρὸς δὲ τὴν Ἑλλάδα, τὸ Ὑπουργεῖου Ἐργασίας.

6. «Ὀργανισμὸς»,
διὰ μὲν τὴν Ὁμοστονδιακὴν Δημοκρατίαν, ὁ Ὁμοσπονδιακὸς Ὀργανισμὸς ἀπασχογήσεως καὶ ἀσφαλίσεως ἀνεργίας (Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung),
ὡς πρὸς δὲ τὴν Ἑλλάδα ὁ Ὀργανισμὸς Ἀπασχολήσεως καὶ Ἀσφαλίσεως ἀνεργίας.

7. «Μέλος οἰκογενείας»,
πᾶν ἄτομον ἀναγνωριζόνενον ὡς τοιοῦτον ὑπὸ τῆς ἐφαρμοστέας νομοθεσίας.

8. »ἀπασχόλησις»,
πᾶσα ἀπασχόλησις ἤ ἐργασὶα κατὰ τὴν ἔννοιαν τῆς ἐφαρμοστέας νομοθεσίας.

Artikel 2
Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in der Bundesrepublik auf die Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenhilfe;
2. in Griechenland auf die Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung einschließlich der Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit von Arbeitnehmern, welche die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Anspruchs auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllen.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften im Sinne von Artikel 1 Nr. 4, welche die in Absatz 1 genannten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

(3) Änderungen und Ergänzungen der in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften, die sich aus zwischenstaatlichen Abkommen über Soziale Sicherheit oder aus einer von einer Europäischen Gemeinschaft erlassenen Rechtsvorschrift ergeben, sind im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien nur zu berücksichtigen, wenn diese es vereinbaren.

Ἄρθρον 2ον
Πεδίον ἐφαρμογῆς

(1) Νομοθεσίαι εἰς τὰς ὁποίας ἀναφέρεται ἡ παροῦσα Σύμβασις εἶναι:

α) Ἐν τῇ Ὁμοσπονδιακῇ Δημοκρατίᾳ:
Ἡ νομοθεσὶα ἡ ἀφορῶσα εἰς τῆν ἀσφάλισιν ἀνεργίας καὶ τὴν πρόνοιαν κατὰ τῆς ἀνεργίας.

β) Ἐν Ἑλλάδι:
Ἡ οἰκεὶα ἑλληνικὴ νομοθεσὶα ἀσφαλίσεως κατὰ τῆς ἀνεργίας περιλαμβανομένων καὶ τῶν διατάξεων αὐτῆς περὶ χορηγήσεως ἐπιδομάτων καὶ βοηθημάτων εἰς ἀνέργους μὴ πληροῦντας προϋποθέσεις θεμελιούσας δικαίωμα τακτικῆς ἐπιδοτήσεως.

(2) Ἡ παροῦσα Σύμβασις ἀναφέρεται ὡσαύτως εἰς τὰς κατὰ τὰς ἐν ἄρθρῳ 1 παρ. 4 διατάξεις, διὰ τῶν ὁποίων κωδικοποιοῦνται, τροποποιοῦνται ἤ συμπληροῦνται αἱ ἐν παρ. 1 τοῦ παρόντος ἄρθρου μνημονευόμεναι νομοθεσίαι.

(3) Αἱ τροποποιήσεις καὶ συμπληρώσεις τῶν ἀνωτέρω ἐν παραγράφῳ 1 νομοθεσῶν, αἵτινες ἐπιφέρονται διὰ Διεθνῶν Σύμβάσεων περὶ Κοινωνικῆς Ἀσφαλείας, ἤ διὰ τῆς νομοθεσίας Εὐρωπαϊκῆς τινος Κοινότητος, δέν λαμβάνονται ὑπ᾿ὄψιν ὑπὸ τῶν δύο Μερῶν εἰμὴ μόνον, κατόπιν προηγουμένης συμφωνίας μεταξὺ τούτων.

Artikel 3
Persönlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen gilt, soweit sich nicht aus Absatz 3 oder aus Artikel 6 Absatz 2 anderes ergibt, für

a) Staatsangehörige der Vertragsparteien,

b) Flüchtlinge, die sich im Hoheitsgebiet einer der beiden Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten.

(2) Als Flüchtlinge gelten Personen im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention); dabei haben die in Artikel 1 Abschnitt A der Genfer Flüchtlingskonvention enthaltenen Worte „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind" die Bedeutung, die ihnen die beiden Vertragsparteien bei der Unterzeichnung der Genfer Flüchtlingskonvention gegeben haben.

Ἄρθρον 3ον
Πρόσωπα ἐφ᾿ ὧν ἔχει ἐφαρμογὴν ἡ παροῦσα Σύμβασις

(1) Ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν ὧν ἐν παρ. 3 τοῦ παρόντος ἄρθρου καὶ τῶν ἐν ἄρθρῳ 6 παρ. 2 τῆς παρούσης Συμβάσεως ὁριζομένων, αὕτη ἰσχύει.

α) ἐπὶ τῶν ὑπηκόων ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καί.

β) ἐπὶ τῶν προσφύγων οἵτινες διαμένουν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλονένον Μερῶν.

(2) Ὡς πρόσφυγες λογίζονται τὰ πρόσωπα τὰ ἀναφερόμενα ἐν ἄρθρῳ 1 τῆς Συμβάσεως περὶ τῆς νομικῆς καταστάσεως τῶν προσφύγων τῆς 28ης Ἰουλὶου 1951 (Σύμβασις προσφύγων τῆς Γενεύης), τῶν λέξεων «γεγονότων ἐπελθόντων πδὸ τῆς Ιης Ἰανουαρίου 1951», αἵτινες ἀναφέρονται εἰς τὸ ἄρθρον 1, μέρος Α᾿τῆς Συμβάσεως ταύτης ἐχουσῶν τὴν ἔννοιαν, τὴν ὁποίαν τὰ δύο συμαλλόμενα Μέρη προσέδωκαν αὐταῖς κατὰ τὴν ὑπογραφὴν τῆς Συμβάσεως ταύτης.

(3) Dieses Abkommen gilt nicht für Seeleute der Handelsmarine, die als Mitglieder der Besatzung eines unter der Flagge einer der Vertragsparteien fahrenden Schiffes beschäftigt sind.

Artikel 4

Grundsatz der Gleichbehandlung

Die Personen, für die dieses Abkommen nach Artikel 3 gilt, sind in ihren Rechten und Pflichten aus den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien einander gleichgestellt, soweit nicht in Artikel 25 etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 5

Wirkung von Einkünften oder Beschäftigungsverhältnissen auf die Versicherungspflicht und auf Leistungen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei

Soweit nach den Vorschriften der einen Vertragspartei eine Leistung aus der Sozialversicherung oder Einkommen anderer Art oder eine Erwerbstätigkeit rechtliche Auswirkungen auf eine Leistung nach den in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften, auf die Versicherungspflicht oder die Versicherungsfreiheit hat, kommt die gleiche Wirkung auch gleichartigen Leistungen und gleichartigem Einkommen aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei und einer gleichartigen Erwerbstätigkeit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu.

(3) Ἡ παροῦσα Σύμβασις δὲν ἔχει ἐφαρμογὴν ἐπὶ τῶν ἀπασχολουμένων ὡς μελῶν πληρωμάτος ἐμπορικοῦ πλοίου ὑπὸ σημαίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

Ἄρθρον 4ον

Ἀρχὴ τῆς ἴσης μεταχειρίσεως

Τὰ πρόσωπα διὰ τὰ ὁποῖα ἡ παροῦσα Σύμβασις ἰσχύει κατὰ τὸ ἄρθρον 3, ἀπολαύουν ἴσης μεταχειρίσεως ὡς πρὸς τὰ δικαιώματα καὶ τὰς ὑποχρεώσεις αἵτινες ἀπορρέουν ἐκ τῶν ἐν ἄρθρῳ 2 τῆς παρούσης ἀναφερομένων νομοθεσιῶν τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐκτὸς ἐὰν τὸ ἄρθρον 25 τῆς παρούσης Συμβὰσεως ἄλλως ὁρίζει.

Ἄρθρον 5ον

Ἐπίδρασις τῶν προσόδων ἢ σχέσεων ἀπασχολήσεως ἐπὶ τῆς ὑποχρεώσεως ὑπαγωγῆς εἰς τὴν ἀσφάλισιν καὶ ἐπὶ τῶν παροχῶν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν

Ἐὰν ἐν τῇ ἐφαρμογῇ τῶν ἐν ἰσχύϊ διατάξεων ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένῶν Μερῶν, παροχή τις τῆς Κοινωνικῆς Ἀσφαλίσεως ἢ εἰσόδημα ἄλλης φύσεως ἢ ἐπαγγελματικὴ δραστηριότης, ἐπάγεται νομικὰς συνεπείας ἐπὶ παροχῶν χορηγουμένων δυνάμει τῆς ἐν ἄρθρῳ 2 τῆς παρούσης Συμβάσεως ἀναφερομένης νομοθεσίας ἢ ἐπὶ ὑποχρεώσεως πρὸς ἀσφάλισιν ἢ ἐπὶ τῆς δυνατότητος ἐξαιρέσεως ἀπ᾽αὐτῆς, ἀνάλογοι παροχαὶ ἢ εἰσοδήματα προελεύσεως ἐκ τοῦ ἑτέρου Μέρους ἢ ἀνάλογος ἐπαγγελματικὴ δραστηριότης ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἄλλου Μέρους, ἐπάγεται τὰς αὐτὰς συνεπείας.

Abschnitt II

Arbeitslosenversicherungspflicht

Artikel 6

Allgemeiner Grundsatz

(1) Auf Beschäftigungen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei werden die Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei angewendet. Nach ihnen richten sich auch die aus dem Beschäftigungsverhältnis entstehenden Rechte und Pflichten der Arbeitgeber; dies gilt auch dann, wenn der Arbeitgeber sich außerhalb des Hoheitsgebietes dieser Vertragspartei gewöhnlich aufhält oder in diesem nicht seinen Betriebssitz hat.

(2) Werden auf Grund eines Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik und Griechenland auf eine Beschäftigung nicht die in dem Abkommen bezeichneten Rechtsvorschriften der Vertragspartei angewendet, in deren Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird, sondern die der anderen Vertragspartei, so werden auf die Beschäftigung die in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei angewendet mit Ausnahme der Beschäftigung von Mitgliedern der Besatzungen von Schiffen der Handelsmarine, auf die das Abkommen nach Artikel 3 Absatz 3 keine Anwendung findet.

(3) Auf Antrag eines Arbeitnehmers oder eines zu seiner Berufsausbildung Beschäftigten mit Zustimmung des Arbeitgebers oder auf Antrag des Arbeitgebers mit Zustimmung des Arbeitnehmers oder des zu seiner Berufsausbildung Beschäftigten kann die zuständige Behörde der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften nach den Absätzen 1 und 2 anzuwenden wären, unter Bedachtnahme auf die Art und die Umstände der Beschäftigung die Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zulassen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Wird die Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zugelassen, so sind deren Rechtsvorschriften anzuwenden,

Τιτλος II

Ὑπαγωγὴ εἰς τὴν ἀσφάλισιν ἀνεργίας

Ἄρθρον 6ον

Γενικαὶ ἀρχαὶ

(1) Ἐπὶ πάσης ἀπασχολήσεως παρεχομὲνης ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερους, ἐφαρμόζονται αἱ διατάξεις τῆς νομοθεσίας τοῦ Μέροῶν, τούτου ὡς πρὸς τὰ δικαιώματα καὶ τὰς ὑποχρεώσεις τοῦ τε μισθωτοῦ καὶ τοῦ ἐργοδότου.

Τὸ αὐτὸ ἐπίσης ἰσχύει καὶ ἐν ᾗ περιπτώσει ἡ διαμονὴ τοῦ ἐργοδότου ἢ ἡ ἕδρα τῆς ἐπιχειρήςεώς του εὑρίσκεται ἐκτὸς τοῦ ἐδάφους τοῦ Μέρους τούτου.

(2) Εἰς ἃς περίπτώσεις ὑπὸ Συμβάσεως περὶ Κοινωνικῶν Ἀσφαλίσεων μεταξὺ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος καὶ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας προβλέπεται ἡ ἐφαρμογὴ τῆς νομοθεσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν και οὐχὶ ἐκείον εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ὁποίου παρέχεται ἡ ἀπασχόλησις, ἡ κατὰ τὸ ἄρθρον 2 τῆς παρούσης Συμβάσεως νομοθεσὶα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, τυμχάνει ὡσαύτως ἐφαρμοστὲα ἐξαιρέσει τῆς ἀπασχολήσεως τῶν μελῶν τῶν πληρωμάτων τῶν πλωίον τῆς ἐμπορικῆς ναυτιλίας, ἐπὶ τῶν ὁποίων ἡ παροῦσα Σύμβασις δὲν ἔχει ἐφαρμογήν, ὡς ἐν παρ. 3 τοῦ ἄρϐρου 3 ταύτης ὁρίζεται.

(3) Ἐπὶ τῇ αἰτήσει τινὸς τῶν ἐργαζομένων ἢ τῶν ἐπαγγελματικῶς ἐκπαιδευομένων, ὑποβαλλομένη μετὰ συγκατάθεσιν τοῦ ἐργοδότου αὐτῶν ἢ ἐπὶ τῇ αἰτὴσει ἐργοδότου, ὑποβαλλομένη μετὰ συγκατάθεσιν τῶν παρ᾽αὐτῷ ἐργαζομένων ἢ ἐπαγγελματικῶς ἐκπαιδευομένων, δύναται ἡ ἁρμοδὶα ἀρχὴ τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, αἱ διατάξεις τοῦ ὁποὶου θὰ εἶχον ἐφαρμογήν, συμφώνως πρὸς τὰς διατὰξεις τῶν παραγράφων 1 καὶ 2 τοῦ παρόντος ἄρθρου νὰ ἐπι τρέψη τὴν ἐφαρμογὴν τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, λαμβανομένης ὑπ᾽ὄψιν τῆς φύσεως καὶ τῶν συνθηκῶν τῆς ἀπασχολήσεως. Πρὸ τῆς ἀποφάσεως δέον νὰ παρασχεθῇ ἡ εὐχέρεια ἐκφράσεως γνώμης εἰς τὴν ἁρμοδίαν ἀρχὴν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

Ἐφ᾽ὅσον ἐπετράπη ἡ ἐφαρμογὴ τῶν διατάξεων τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, αὗται ἐφαρμόζονται καὶ δή, ἐφ᾽ὅσον τὰ

und zwar, falls die Beschäftigung nicht im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausgeübt wird, so, als ob sie in deren Hoheitsgebiet ausgeübt würde. Dabei gilt als Beschäftigungsort der Betriebssitz.

Abschnitt III

Leistungsrecht

Artikel 7

Allgemeiner Grundsatz

Bei der Feststellung des Anspruchs, der Höhe der Leistung und der Anspruchsdauer sowie auf das Verfahren sind die Rechtsvorschriften der Vertragspartei anzuwenden, in deren Hoheitsgebiet der Anspruch geltend gemacht wird, soweit nicht in diesem Abschnitt Abweichendes bestimmt ist.

Artikel 8

Berücksichtigung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zurückgelegter Versicherungszeiten

(1) Der Träger derjenigen Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Anspruch geltend gemacht wird, berücksichtigt bei der Feststellung der Erfüllung der Anwartschaftszeit, soweit erforderlich, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zurückgelegten Versicherungszeiten, als ob es Versicherungszeiten wären, die nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei zurückgelegt worden sind.

(2) Absatz 1 gilt nur, wenn der Arbeitnehmer

a) nach seiner letzten Einreise in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem er den Anspruch geltend macht, dort mindestens vier Wochen ohne Verletzung der Rechtsvorschriften über die Beschäftigung von Ausländern als Arbeitnehmer gegen Entgelt beschäftigt gewesen ist oder

b) seinen gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei verlegt, deren Staatsangehörigkeit er besitzt, oder

c) vor seiner Einreise in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem er erneut seinen gewöhnlichen Aufenthalt nimmt und den Anspruch geltend macht, einmal in einer Beschäftigung gestanden hat, die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei versicherungspflichtig war.

(3) Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung können nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei nicht versagt werden, weil der Arbeitslose freiwillig seine Beschäftigung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur aufgegeben hat, um in das Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei zurückzukehren, in dem er früher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte oder deren Staatsangehörigkeit er besitzt.

Artikel 9

Bemessung der Leistung

(1) Hängt nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Höhe der Leistung von der Höhe des vorher erzielten Entgelts ab, so wird für die Zeit der Beschäftigung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei bei der Bemessung der Leistung das durchschnittliche tarifliche oder, wenn eine tarifliche Regelung nicht besteht, das ortsübliche Arbeitsentgelt einer vergleichbaren Beschäftigung am Wohnort zugrunde gelegt.

ἐνδιαφερόμενα πρόσωπα ἀπασχολοῦνται ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ πρώτου συμβαλλομένου Μέρους, ὡς ἐὰν ταῦτα ἀπησχολοῦντο εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ δευτέρου συμβαλλομένου Μέρους· Ἐν προκειμένῳ ὡς τόπος ἀπασχολήσεως θεωρεῖται ὁ τόπος τῆς ἕδρας τῆς ἐπιχειρήσεως.

Τιτλος III

Διατάξεις σχετικαὶ πρὸς τὸ δικαίωμα ἐπὶ τὰς παροχὰς

Ἄρθρον 7ον

Γενικαὶ ἀρχαὶ

Εἰς ὅτι ἀφορᾶ τὴν θεμελίωσιν τοῦ δικαιώματος, τὸ ὕψος τοῦ ἐπιδόματος, τὴν διάρκειαν ἐπιδοτήσεως ὡς ἐπίσης καὶ τὴν σχετικὴν διαδικασίαν, ἐφαρμόζεται ἡ νομοθεσία τοῦ Μέρους, ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ὁποίου ὁ ἐνδιαφερόμενος ἀσκεῖ τὴν ἀξίωσιν πρὸς ἐπιδότησιν, ἐκτὸς ἐὰν ἐν τῷ παρόντι τίτλῳ ἄλλως ὁρίζεται.

Ἄρθρον 8ον

Περίοδοι ἀσφαλίσεως δι᾽ ἐργασίαν παρασχεθεῖσαν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(1) Ὁ Ὀργανισμὸς τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, εἰς τοῦ ὁποίου τό ἔδαφος ὁ δικαιοῦχος ἀσκεῖ ἀξίωσιν ἐπὶ τὰς παροχὰς, λαμβάνει ὑπ'ὄψιν, καθ'ὅ μέτρον τοῦτο καθισταται ἀναγκαῖον διὰ τὴν θεμελίωσιν τοῦ δικαιώματος, τὰς χρονικάς περιόδους ἀσφαλίσεως δι'ἐργκόιαν παρασχεθεῖσαν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτὲρου τῶν σνμβαλλομένων Μερῶν, ὡς ἐὰν ἐπρόκειτο περὶ χρονικῶν περιόδων ἀσφαλίσεως, ἀναγνωριζομένων ὑπὸ τῆς νομοθεσίας τοῦ πρώτου Μέρους.

(2) Αἱ διατάξεις τῆς παρ. 1 τοῦ παρόντος ἄρθρου ἐφαρμόζονται μόνον ὅταν ὁ ἐπγαζόμενος:

α) Ἔχει παράσχει ἀμειβομένην ἐργασίαν, ἄνευ παραβιάσεως τῆς περὶ ἀπασχολήσεως τῶν ἀλλοδαπῶν νομοθεσίας, ἐπὶ τέσσαρας τοὐλάχιστον ἑβδομάδας μετὰ τὴν τελευταίαν ἄφιξίν του ἐν τῶ ἐδάφει τοῦ συμβαλλομένου Μέρους, ἔνθα ἀσκεῖ τὴν ἀξίωσὶν του ἤ

β) ἐπιστρέφει ἀπὸ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Μέρους εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου, οὗτινος τυγχάνει ὑπήκοος ἤ

γ) πρὸ τῆς ἀναχωρήσεως ἐκ τοῦ ἐδάφους τοῦ Μέρους, εἰς ὅ ἐπανέρχεται καὶ εἰς ὅ ἀσκεῖ τὴν ἀξίωσὶν του, εἶχε παράσχε ἐργασίαν ἐπαγομένην τὴν ὑπαγωγήν του εἰς τὴν ἀσφάλισιν ἀνεργίας κατὰ τὴν ἰσχύουσαν εἰς τὸ Μέρος τοῦτο νομοθεσίαν.

(3) Αἱ παροχαὶ τῆς ἀσφαλίσεωλ κατὰ τῆς ἀνεργίας, αἱ χορηγούμεναι ὑπὸ τῆς νομοθεσίας ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δὲν θίγονται ἐκ μόνου τοῦ λόγου τῆς τυχὸν ἐκ μέρους τοῦ ἐνδιαφερομένου οἰκειοθελοῦς ἀποχωρήσεως ἔκτινος ἀπασχολήσεως ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους πρὸς τὸν σκοπὸν τῆς ἐπανόδου εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ πρώτου Μέρους, τοῦ ὁποίου τυγχάνει ὑπήκοος ἤ ἔνθα εἶχε τὴν προτέραν αὐτοῦ διαμονήν.

Ἄρθρον 9ον

Προσδιορισμὸς ὕψους ἐπιδόματος

(1) Ἐν ᾗ περιπτώσει, συμφώνως πρὸς τὴν νομοθεσίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, τὸ ὕψος τοῦ ἐπιδόματος ἐξαρτᾶται ἐκ τοῦ ὕψους τῆς πρότερον καταβαλλομένης ἀντιμισθίας, θέλει ληφθῆ ὡς βάσις ὑπολογισμοῦ τοῦ ἐπιδόματος τοῦ ἀντιστοιχοῦντος ἐν τῶ ἐδάφει τοῦ ἑτέρου Μέρους διὰ παρασχεθεῖσαν ἐργασίαν, ἡ διὰ συλλογικῆς Συμβάσεως ὁρισθεῖσα μέση ἀντιμισθὶα ἤ, ἐλλείψει τοιαύτης συλλογικῆς Συμβάσεως, ἡ ἀντιμισθὶα ἡ ἀναλογοῦσα κατὰ τὰς τοπικές συνηθείας εἰς ὁμοίαν ἤ παρεμφερὴ ἀπασχόλησιν εἰς τὸν τόπον κατοικίας καὶ μὲ τὴν συνήθη μέσην διάρκειαν ἀπασχολήσεως.

(2) Hängt nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei die Höhe der Leistung von der Zahl der Angehörigen ab, und zwar auch, soweit sie nicht im Haushalt des Leistungsempfängers leben, so berücksichtigt der Träger bei der Bemessung der Leistung auch die Angehörigen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten; der Träger kann einen angemessenen Teil der Leistung an diese überweisen.

Artikel 10

Anspruchsdauer

(1) Bei der Festsetzung der Anspruchsdauer ist Artikel 8 Absätze 1 und 2 entsprechend anzuwenden, soweit dies erforderlich ist, um eine Anspruchsdauer von höchstens 26 Wochen zu begründen.

(2) Die Anspruchsdauer wird um die Zeiten gemindert, für welche dem Versicherten Leistungen der gleichen Art innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Tage der Antragstellung von dem Träger der anderen Vertragspartei gewährt worden sind, es sei denn, daß der Arbeitnehmer nach dem Bezug dieser Leistungen eine neue Anwartschaftszeit erfüllt hat.

(3) Zeiten, für die während der im Absatz 2 vorgesehenen zwölf Monate Leistungen der Arbeitslosenversicherung von dem Träger der anderen Vertragspartei wegen Arbeitsablehnung oder Arbeitsaufgabe ohne berechtigten Grund oder wegen Entlassung aus einem vom Arbeitnehmer zu vertretenden Grunde versagt worden sind, werden so behandelt, als ob die Leistungen nach den Rechtsvorschriften derjenigen Vertragspartei versagt worden wären, in deren Hoheitsgebiet der Anspruch geltend gemacht wird. Das gilt nicht, wenn der Arbeitnehmer nach dem Ereignis, das zur Versagung der Leistungen geführt hat, eine neue Anwartschaftszeit erfüllt hat.

(4) Ist der Leistungsanspruch entzogen worden oder ruht dieser oder ist die Leistung vorübergehend versagt worden, so wirkt eine solche Maßnahme in Fällen des Artikels 8 Absatz 2 Buchstaben b und c in gleicher Weise und für die gleiche Dauer auch auf den Anspruch des Arbeitslosen gegen den Träger in dem anderen Vertragsstaat. Artikel 8 Absatz 3 bleibt unberührt.

Artikel 11

Erstattung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung an den Träger der anderen Vertragspartei

(1) Verlegt ein Arbeitsloser, der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei nach deren Rechtsvorschriften die für einen Leistungsanspruch erforderlichen Zeiten einer versicherungspflichtigen Beschäftigung zurückgelegt hat, seinen gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so gilt folgendes:

a) Der Träger der ersten Vertragspartei erstattet dem Träger der anderen Vertragspartei 85 vom Hundert der Leistungen, die dieser Träger nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften tatsächlich gewährt hat.

b) Hat der Arbeitslose im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei eine versicherungspflichtige Beschäftigung bis zu drei Jahren, mindestens aber von 26 Wochen ausgeübt, so erstattet der Träger dieser Vertragspartei den obengenannten Vomhundertsatz der Leistungen für höchstens 78 Tage; nach einer solchen Beschäftigung von mehr als drei Jahren erstattet er den obengenannten Vomhundertsatz der Leistungen für höchstens 125 Tage. Für die Erstattung werden nur Leistungen berücksichtigt, die dem Arbeitslosen während der ersten achtzehn Monate nach

(2) Ἐν ᾗ περιπτώσει κατὰ τὴν νομοθεσίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, τὸ ὕψος τοῦ ἐπιδόματος ἐξαρτᾶται ἀπὸ τὸν ἀριθμὸν τῶν μελῶν τῆς οἰκογενείας, ἔστω καὶ ἐὰν ταῦτα δὲν διαμένουν ὑπὸ αὐτὴν στήγεν τοῦ δικαιούχου, ὁ Ὀργανισμὸς λαμβάνει ἐπίσης ὑπ' ὄψιν διὰ τὸν ὑπολογισμὸν τῆς παροχῆς, τὸν ἀριθμὸν τῶν μελῶν τῆς οἰκογενείας ἅτινα διαμένουν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους. Ὁ Ὀργανισμὸς δύναται νὰ ἐμβάζῃ εἰς ταῦτα ἀνάλογον τμῆμα τοῦ ἐπιδόματος.

Ἄρθρον 10ον

Διάρκεια καταβολῆς τοῦ ἐπιδόματος

(1) Διὰ τὸν προσδιορισμὸν τῆς διαρκείας ἐπιδοτήσεως ἐφαρμόζονται κατ'ἀναλογίαν αἱ διατάξεις τοῦ ἄρθρου 8 παρ. 1 αὶ 2 καθ'ὅ μέτρον τοῦτο καθίσταται ἀναγκαῖον διὰ τὴν ἐπιδότησιν ἐπὶ χρονικὴν περίοδον μέχρις 26 ἑβδομάδων τὸ πολύ.

(2) Ἡ διάρκεια χορηγήσεως παροχῶν ἀνεργίας μειοῦται κατὰ τὰς χρονικὰς περιόδους, καθ'ἅς κατεβλήθησαν παροχαὶ ἀνεργίας παρὰ τοῦ Ὀργανισμοῦ τοῦ ἑτέρου Μέρους κατὰ τὴν διάρκειαν τῶν 12 τελευταίων μηνῶν πρὸ τῆς ὑποβολῆς τῆς αἰτήσεως, ἐκτὸς ἐὰν ὁ ἠσφαλισμένος μετὰ τὴν λῆξιν τῆς ἐπιδοτήσεώς του συνεπλήρωσε τὰς ἀπαιτουμένας ἡμέρας ἐργασίας διὰ τὴν θεμελίωσιν ἐκ νέου δικαιώματος ἐπιδοτήσεως.

(3) Αἱ περίοδοι, δι'ἅς ἀπερρίφθη ἢ ἀνεκλήθη δικαίωμα ἐπιδοτήσεως παρὰ τοῦ Ὀργανισμοῦ τοῦ ἑτέρου Μέρους δι 'ἄρνησιν ἢ ἐγκατάλειψιν ἐργασίας ἄνευ νομίμου λόγου ἢ δι 'ἀπόλυσιν διὰ λόγον ἐξαρτώμενον ἐκ τῆς θελήσεως τοῦ ἐργαζομένου κατὰ τοὺς ἐν τῇ παρ. 2 προβλεπομένους μῆνας, θέλουν ληφθῆ ὑπ'όψιν, ὡς ἐὰν ἡ ἀπόρριψις ἢ ἀνάκλησις τοῦ δικαιώματος εἶχεν ἀπαγγελθῆ ἐν τῇ ἐφαρμογῇ τῆς νομοθεσίας τοῦ Μέρους ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ὁποίου ὁ ἐνδιαφερόωενος ἐγείρει τὴν ἀξίωσιν πρὸς ἐπιδότησιν. Ἡ ἐν λόγῳ διάταξις δὲν ἐφαρμόζεται διὰ τὸν ἐργαζόμενον, ὅστις μετὰ τὸ γεγονὸς συνεπείᾳ τοῦ ὁποίου ἐστερήθη τῶν παροχῶν, ἐπραγματοποίησε τὰς ἀπαιτουμένας ἡμὲρας ἐργασίας διὰ τὴν ἐκ νέου θεμελίωσιν τοῦ δικαιώματος ἐπιδοτήσεως.

(4) Ἐὰν τὸ δικαίωμα ἐπὶ τὰς παροχὰς ἔχῃ ἀνακληθῆ ἢ ἀνασταλῆ ἢ ἔχῃ ἀπαγγελθῆ προσωρινὴ στέρησις τῶν παροχῶν, αἱ ἔκ τινος τοιούτου μέτρου συνέπειαι ἰσχύουν καὶ διὰ τὰς ἐν ἄρθρῳ 8 παρ. 2 ἐδάφια β καὶ γ προβλεπομένας περιπτώσεις κατὰ τὸν αὐτὸν τρόπον καὶ διὰ τὸν αὐτὸν χρόνον ἐπίσης καὶ ἐπὶ τῆς ἀξιώσεως τοῦ ἀνέργου ἔναντι τοῦ Ὀργανισμοῦ τοῦ ἑτέρου Μέρους. Ἡ παροῦσα διάταξις δὲν θίγει τὰς διατάξεις τοῦ ἄρθρου 8 παρ. 3.

Ἄρθρον 11ον

Ἀπόδοσις τῶν καταβληθέντων δι'ἐπιδόματα ἀνεργίας εἰς τὸ ἕτερον τῶν συμβαλλομένων Μερῶν

(1) Ἐὰν ἄνεργός τις ἔχων παράσχει ἐπὶ τοῦ ἀδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν καὶ κατὰ τὴν ἐν αὐτῷ ἰσχύουσαν νομοθεσίαν, ἐργασίαν συνεπαγομένην τὴν ὑπαγωγὴν εἰς τὴν ἀσφάλισιν ἀνεργίας ἐπὶ τὸν ἀπαιτούμενον διὰ τὴν ἀναγνώρισιν δικαιώματος ἐπὶ τὰς παροχὰς χρόνον, μεταφέρῃ τὴν διαμονήν του ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους, ἰσχύουν τὰ ἀκόλουθα:

α) Ὁ Ὀργανισμὸς τοῦ πρώτου Μέρους ἀποδίδει τὰ 85% τοῦ ποσοῦ τῶν παροχῶν ἅς ὁ ἐν λόγῳ Ὀργανισμὸς πράγματι κατέβαλε κατὰ τὴν ἰσχύουσαν ἐν ἀὐτῷ νομοθεσίαν, καὶ

β) ἐν περιπτώσει ἀπασχολήσεως τοῦ ἀνέργου ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ πρώτου Μέρους συνεπαγομένης τὴν ὑπαγωγὴν εἰς τὴν ἀσφάλισιν ἀνεργίας διὰ περίοδον ἀπὸ 26 τοὐλάχιστον ἑβδομάδων μέχρι 3 ἐτῶν, ὁ Ὀργανισμὸς τοῦ Μέρους τούτου ἀποδίδει τὸ ὡς ἄω ποσόστὸν διὰ 78 τὸ πολὺ ἡμέρας ἐπιδοτήσεως. Διὰ περίοδον πλ έον τῶν 3 ἐτῶν ἀποδίδει τὸ ὡς ἄνω ποσοστὸν ἐπὶ τοῦ ποσοῦ τοῦ ἐπιδόματος τοῦ ἀντιστοιχοῦντος εἰς 125 τὸ πολὺ ἡμέρας. Διὰ τὴν τοιαύτην ἀπόδοσιν δὲν λαμβάνονται ὑπ'ὄψιν εἰμὴ μόνον αἱ παροχαὶ αἱ χορηγηθεῖσαι εἰς τὸν ἄνεργον κατὰ τοὺς 18 πρώτους μῆνας μετὰ τὴν λῆξιν τῆς τελευταίας ἀπασχολήσεώς του ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ πρώτου Μέρους.

Beendigung seiner letzten Beschäftigung in dem Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei gewährt worden sind. Die obengenannte Zahl von 78 bzw. 125 Leistungstagen mindert sich um die Zahl der Tage, für die der Arbeitslose nach Eintritt der Arbeitslosigkeit vor Verlegung seines gewöhnlichen Aufenthaltes vom Träger der ersten Vertragspartei bereits Leistungen erhalten hat.

(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der Arbeitslose seine letzte Beschäftigung im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei ohne berechtigten Grund aufgegeben hat oder aus dieser Beschäftigung aus einem von ihm zu vertretenden Grunde entlassen worden ist, es sei denn, daß ein Fall des Artikels 8 Absatz 3 gegeben ist.

Artikel 12

Leistungen beitragsfreier Systeme

Die Vorschriften der Artikel 7, 8 und 9 sind

in der Bundesrepublik auf die Leistungen aus der Arbeitslosenhilfe,

in Griechenland auf die Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit von Arbeitnehmern, welche die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Anspruchs auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllen,

entsprechend anzuwenden.

Abschnitt IV

Verfahrens-, Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 13

Zahlungsverkehr

(1) Zahlungen, die ein Träger nach Artikel 11 in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu leisten hat, können mit befreiender Wirkung in seiner Landeswährung geleistet werden. In diesem Falle hat er unverzüglich bei der zuständigen Stelle die für die Überweisung der Zahlungen in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei notwendigen Anträge zu stellen.

(2) Hat ein Träger im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei sonstige Geldleistungen an einen Berechtigten zu erbringen, der sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, so kann der Träger mit befreiender Wirkung auch in der Währung der anderen Vertragspartei zahlen.

(3) Die für die Genehmigung des Transfers zuständigen Stellen erteilen diese Genehmigung beschleunigt und ohne Einschränkung. Das gleiche gilt für den Transfer von Zahlungen, die zur Entrichtung von Beiträgen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei geleistet werden.

(4) Wenn im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder in den Hoheitsgebieten beider Vertragsparteien Rechtsvorschriften erlassen werden, die den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Vertragsparteien beschränken, werden die beiden Vertragsparteien unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß Zahlungen nach diesem Abkommen aus dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Einschränkung überwiesen werden können.

'Ο ἀνωτέρω ἀριθμὸς 78 ἤ 125 ἡμερῶν μειοῦται κατὰ τὸν ἀριθμὸν τῶν ἡμερῶν ἐπιδοτήσεως, ἧς ἔτυχεν ὁ ἄνεργος μετὰ τὴν περιέλευσίν του εἰς κατάστασιν ἀνεργίας καὶ πρὸ τῆς ἀλλαγῆς τοῦ τόπου διαμονῆς του, ἀπὸ τὸν 'Οργανισμὸν τοῦ πρώτου Μέρους.

(2) 'Η παράγραφος 1 τοῦ παρόντος ἄρθρου δὲν ἐφαρμόζεται διὰ τὸν ἄνεργον, ὅστις ἐγκατέλειψε τὴν τελευταίαν του ἀπασχόλησιν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ πρώτου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἄνευ νομίμου αἰτίας ἤ ὅστις ἀπελύθη τῆς ἐργασίας του διὰ λόγον ἐξαρτώμενον, ἐκ τῆς ἰδίας αὐτοῦ βουλήσεως, ἐκτὸς ἐὰν πρόκειται περὶ τῆς ἐν παραγρ. 3 τοῦ ἄρθρου 8 ἀναφερομένης περιπτώσεως.

Ἄρθρον 12ον

Παροχαὶ μὴ ἐρειδόμεναι ἐπὶ προϋποθέσεων ἀσφαλίσεως

Αἱ διατάξεις τῶν ἄρθρων 7, 8 καὶ 9 τῆς παρούσης Συμβάσεως ἐφαρμόζονται κατ' ἀναλογίαν ὅσον ἀφορᾷ τὴν 'Ομοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν ἐπὶ τῶν παροχῶν τῶν χορηγουμένων ὑπὸ τοῦ συστήματος προνοίας κατὰ τῆς ἀνεργίας καὶ ὅσον ἀφορᾷ τὴν 'Ελλάδα ἐπὶ τῶν παροκῶν τῶν χορηγουμένων εἰς τοὺς ἀνέργους, οἵτινες δὲν ἠδυνήθησαν νὰ συμπληρώσουν τὰς ἀπαιτουμένας προϋποθέσεις θεμελιώσεως δικαιώματος ἐπὶ τὰς παροχὰς τῆς ἀσφαλίσεως ἀνεργίας.

Τιτλος IV

Διαδικασία-Μεταβατικαὶ καὶ τελικαὶ διατάξεις

Ἄρθρον 13ον

Πληρωμαὶ-Χρηματικὰ ἐμβάσματα

(1) Αἱ κατὰ τὸ ἄρθρον 2 ὀφειλόμεναι παροχαὶ παρ'ἑνὸς 'Οργανισμοῦ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους, δύνανται νὰ πληρωθοῦν παρὰ τοῦ 'Οργανισμοῦ τούτου ἐλευθέρως εἰς τὸ νόμισμα τῆς χώρας του. 'Εν τοιαύτη περιπτώσει ὀφείλει νὰ προβῇ ἀμέσως παρὰ τῇ ἁρμοδίᾳ ὑπηρεσίᾳ εἰς τὰς ἀναγκαίας ἐνεργείας διὰ τὴν μεταβίβασιν τῶν ἀντιστοίχων ποσῶν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) 'Εὰν 'Οργανισμός τις ὀφείλει ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἑτέρας εἰς χρῆμα παροχὰς πρὸς δικαιοῦχον διαμένοντα ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους, ὁ 'Οργανισμὸς οὗτος δύναται ὡσαύτως νὰ πραγματοποιήση τὰς ἐν λόγῳ πληρωμὰς ἐλευθέρως εἰς τὸ νόμισμα τοῦ ἑτέρου Μέρους.

(3) Αἱ ἁρμόδιαι 'Αρχαὶ διὰ τὴν ἔγκρισιν τῆς μεταβιβάσεως τῶν περὶ ὧν τὸ παρὸν ἄρθρον ποσῶν, χορηγοῦν τὴν ἔγκρισιν ταύτην ἄνευ βραδύτητὸς τινος ἤ περιορισμοῦ. 'Η διάταξις αὕτη ἰσχύει ἐπίσης διὰ τὴν μεταβίβασιν ποσῶν ἀντιστοιχούντων εἰς εἰσφορὰς καταβαλλομένας συμφώνως πρὸν τὴν νομοθεσίαν τοῦ ἑτέρου Μέρους.

(4) 'Εν ᾗ περιπτώσει ἤθελον θεσπισθῇ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς ἤ ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διατάζεις περιορίξουσαι τὴν ἐλευθέραν μεταβίβασιν τῶν πρὸς πληρωμὴν ποσῶν μεταζὺ τούτων, ἀμφότερα τὰ συμβαλλόμενα Μήρη θέλουν ἀνυπερθέτως υἱοθετήσει τὰ ἀπαιτούμενα μέτρα πρὸς ἐξασφάλισιν τῆς μεταβιβάσεως τῶν διὰ τῆς παρούσης Συμβάσεως πληρωμῶν ἄνευ περιορισμοῦ, ἐκ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου.

Artikel 14
Umrechnung

(1) Der Transferierung von Zahlungen, die in Durchführung dieses Abkommens erfolgen, ist der Kurs zugrunde zu legen, der auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) beruht und innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegt.

(2) Besteht in einem Vertragsstaat im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne des Absatzes 1, so wird der amtliche Kurs angewandt, den dieser Vertragsstaat für seine Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder, falls ein solcher Kurs nicht besteht, zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder, falls auch ein solcher Kurs nicht besteht, zum Gold festgelegt hat.

Artikel 15
Amts- und Rechtshilfe

(1) Die Behörden, Gerichte und Träger der beiden Vertragsparteien leisten sich bei der Anwendung dieses Abkommens die gleiche Hilfe wie den innerstaatlichen Behörden, Gerichten und Trägern der Sozialen Sicherheit. Die Hilfe wird kostenlos gewährt.

(2) Die zuständigen Behörden unterrichten sich gegenseitig laufend über

a) die zur Anwendung des Abkommens getroffenen Maßnahmen,

b) alle Änderungen und Ergänzungen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften, welche die Anwendung des Abkommens berühren.

Artikel 16
Erstattung von Vorschüssen und zu Unrecht gewährten Leistungen

(1) Hat der Träger einer Vertragspartei einer Person zu Unrecht Leistungen gewährt, so kann auf dessen Ersuchen und zu dessen Gunsten der zuständige Träger der anderen Vertragspartei den zu Unrecht gewährten Betrag von einer Nachzahlung oder den laufenden Zahlungen an den Berechtigten nach Maßgabe der für ihn geltenden innerstaatlichen Vorschriften einbehalten.

(2) Hat ein Leistungsempfänger Unterstützung von einem Fürsorgeträger einer Vertragspartei für eine Zeit erhalten, für die er zum Bezug von Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder der in Artikel 12 genannten Leistungen nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei berechtigt ist, so hat der Träger dieser Vertragspartei nach Maßgabe seiner eigenen innerstaatlichen Rechtsvorschriften auf Ersuchen und zugunsten des betreffenden Fürsorgeträgers den Betrag, der als Fürsorgeunterstützung gezahlt worden ist, einzubehalten.

Artikel 17
Übergang von Schadenersatzansprüchen gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den in Artikel 2 genannten Rechtsvorschriften im Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei Leistungen für den Fall der Arbeitslosigkeit zu erhalten hat, nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei Anspruch auf Ersatz des durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Schadens gegen einen Dritten, so geht dieser Schadenersatzanspruch nach Maßgabe der für den verpflichteten Träger geltenden Rechtsvorschriften auf diesen über.

Ἄρθρον 14ον
Μετατροπὴ νομισμάτων

(1) Ἡ μεταφορὰ τῶν πληρωμῶν κατ' ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως ἐνεργεῖται ἐπὶ τῇ βάσει τῆς τιμῆς συναλλάγματος, ἥτις βασίζεται ἐτὶ τῆς συμφωνηθείσης μετὰ τοῦ Διεθνοῦς Νομισμετικοῦ Ταμείου ἰσοτιμίας (Par Value) καὶ κεῖται ἐντὸς τῶν ὑπὸ τοῦ ἄρθρου IV, τίτλος 3 τῆς Συμβάσεως περὶ Διεθνοῦς Νομισματικοῦ Ταμείου γενομένων δεκτῶν ὁρίων ἄνω καὶ κάτω τῆς ἰσοτιμίας (Parite) διακυμάνσεων.

(2) Ἐὰν εἴς τι συμβαλλόμενον Μέρος δὲν ὑφίσταται κατὰ τὸν χρόνον τῆς μεταφορᾶς τιμὴ συναλλάγματος, ὑπὸ τὴν ἔννοιαν τῆς παραγράφου 1, ἐφαρμόζεται ἡ ἐπίσημος τιμὴ συναλλάγματος, ἡ ὁποῖα ὁρίζεται ὑπὸ τοῦ Μέρους τούτου διὰ τὸ νόμισμα αὐτοῦ ἐν σχέσει πρὸς τὸ δολλάριον τῶν Η.Π.Α. ἤ, ἐλλείψει τοιαύτης τιμῆς, ἐν σχέσει πρὸς ἕτερον νόμισμα ἐλευθέρως μετατρέψιμον ἤ, ἐλλείψει καὶ τοιαύτης τιμῆς, ἐν σχέσει πρὸς τὸν χρυσόν.

Ἄρθρον 15ον
Διοικητικὴ καὶ Δικαστικὴ ἀρωγὴ

(1) Αἱ Ἀρχαὶ, τὰ δικαστήρια καὶ οἱ Ὀργανισμοὶ ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἐν τῇ ἐφαρμογῇ τῆς παρούσης Συμβάσεως, θέλουν παρέχει ἀμοιβαίαν βοήθειαν ὡς νὰ ἐπρόκειτο περὶ Ἀρχῶν, δικαστηρίων ἢ Ὀργανισμῶν κοινωνικῆς ἀσφαλέιας τῆς ἰδίας αὐτῶν χώρας. Ἡ ἀρωγή αὔτη θὰ παρέχεται δωρεάν.

(2) Αἱ ἁρμοδιαι Ἀρχαὶ τῶν δύο Μερῶν θὰ γνωστοποιοῦν ἀμοιβαίως:

α) Πᾶσαν πληροφορίαν περὶ οἱουδήποτε μέτρου λαμβανομένου διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως.

β) πᾶσαν πληροφορίαν περί τυχὸν τροποποιήσεων ἢ συμπληρώσεων τῆς νομοθεσίας αὐτῶν τῶν συνδεομένων μὲ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως.

Ἄρθρον 16ον
Ἀπόδοσις προκαταβολῶν καὶ ἀχρεωστήτως χορηγηθέντων ἐπιδομάτων

(1) Ἐν ᾗ περιπτώσει ὁ Ὀργανισμὸς ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν κατέβαλεν ἐπιδόματα ἀχρεωστήτως, δύναται νὰ αἰτήσηται παρὰ τοῦ ἁρμοδίου Ὀργανισμοῦ τοῦ δευτέρου Μέρους τὴν παρακράτησιν διὰ λογαριασμόν του τοῦ ἀχρεωστήτως καταβληθέντος ποσοῦ ἐκ τῶν ὀφειλομένων εἰς τὸν δικαιοῦχου παροχῶν, συμφώνως πρὸς τὴν ἐφαρμοστέαν ἐθνικὴν νομοθεσίαν.

(2) Ἐν ᾗ περιπτώσει πρόσωπόν τι ἔχει τύχει βοηθήματος παρ' Ὀργανισμοῦ Προνοίας ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν διὰ χρονικὴν περίοδον, δι'ἥν δικαιοῦται ποροχῶν ἀσφαλίσεως ἀνεργίας ἢ τῶν ὑπὸ τοῦ ἄρθρου 12 τῆς παρούσης συμβάσεως προβλεπομένων παροχῶν κατὰ τὴν νομοθεσίαν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους, τὰ ὑπὸ τύπον βοηθήματος καταβλεθέντα ποσὰ παρακρατοῦνται παρὰ τοῦ ἀσφαλιστικοῦ ὀργανισμοῦ τοῦ τελευταίου τούτου Μέρους ἀναλόγως πρὸς τὴν ἐθνικὴν νομοθεσίαν, τῇ αἰτήσει καὶ διὰ λογαριασμὸν τοῦ ἐνδιαφερομένου Ὀργανισμοῦ Προναίας.

Ἄρθρον 17ον
Μεταβίβασις ἀξιώσεως ἔναντι τρίτων δι' ἀποκατάστασιν ζημίας

(1) Ἐάν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, δικαιοῦχος παροχῆς τινὸς ἀσφαλίσεως κατὰ τῆς ἀνεργίας, κατὰ τὴν ἐν ἄρθρῳ 2 τῆς παρούσνς νομοθεσίαν. ἔχῃ δυνάμει τῆς νομοθεσίας τοῦ ἑτέρου Μέρους ἀξίωσιν ἔναντι τρίτου διὰ τὴν ἀποκατάστασιν τῆς ἕνεκεν τῆν ἀνεργίας του προξενηθείσης αὐτῷ ξημίας, ὁ ὀφειλέτης Ὀργανισμὸς ὑποκαθίσταται, συμφώνως πρός τὴν διέπουσαν αὐτὸν νομοθεσίαν, εἰς τὴν ἀξίωσιν τοῦ δικαιούχου ἔναντι τοῦ τρίτου.

(2) Hat der verpflichtete Träger nach Maßgabe der für ihn geltenden Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen unmittelbaren Anspruch, so erkennt die andere Vertragspartei dies an.

Artikel 18

Beitragseinzug zugunsten des Trägers der anderen Vertragspartei

Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei von einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, geschuldet werden, können dort zugunsten des berechtigten Trägers ebenso eingezogen und beigetrieben werden wie Beiträge, die nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei geschuldet werden.

Artikel 19

Befreiung von Steuern, Gebühren und von der Legalisation für Urkunden und Schriftstücke

(1) Sind nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Urkunden oder sonstige Schriftstücke, die bei einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger dieser Vertragspartei vorzulegen sind, ganz oder teilweise von Steuern oder Gebühren befreit, so erstreckt sich diese Befreiung auch auf die Urkunden oder sonstigen Schriftstücke, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger der anderen Vertragspartei vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die bei Anwendung dieses Abkommens einer Behörde, einem Gericht oder einem Träger einer Vertragspartei vorgelegt werden müssen, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen der anderen Vertragspartei keiner Legalisation, falls sie mit dem Dienststempel oder Dienstsiegel der Stelle versehen sind, welche die Schriftstücke ausgestellt hat.

Artikel 20

Unmittelbarer Verkehr der Beteiligten — Amtssprache

(1) Die Behörden, Gerichte und Träger der beiden Vertragsparteien können bei Anwendung dieses Abkommens auf den Einzelfall unmittelbar miteinander, mit den beteiligten Personen und deren Vertretern verkehren.

(2) Schriftstücke aller Beteiligten können in deutscher oder griechischer Sprache abgefaßt werden.

Artikel 21

Fristwahrung bei Einreichung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln bei einer unzuständigen Stelle der anderen Vertragspartei

(1) Rechtsbehelfe oder Rechtsmittel, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Behörde, einem Gericht, einem Träger oder einer anderen Stelle einzureichen sind, gelten als bei der zuständigen Stelle eingereicht, wenn sie bei einer entsprechenden Behörde, einem entsprechenden Gericht, einem entsprechenden Träger oder einer entsprechenden anderen Stelle der anderen Vertragspartei eingereicht werden; der Tag, an dem die Rechtsbehelfe oder Rechtsmittel bei dieser Stelle eingehen, gilt als Tag des Eingangs bei der zuständigen Stelle.

(2) Die Rechtsbehelfe oder Rechtsmittel sind von der Stelle, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den Träger der anderen Vertragspartei zur Weiterleitung an die zuständige Stelle zu übermitteln.

(2) Ἐφ' ὅσον ὁ Ὀργανισμὸς κέκτηται, κατ' ἐφαρμογὴν τῶν ἰσχυουσῶν δι' αὐτόν διατάξεων, ἰδίαν ἀξίωσιν ἄναντι τρίτου, τὸ ἕτερον Μέρος ἀναγνωρίζει τὴν ἀξίωσιν ταύτην.

Ἄρθρον 18ον

Εἴσπραξις εἰσφορῶν διὰ λογαριασμὸν τοῦ Ὀργανισμοῦ τοῦ ἑτέρου Μέρους

Ἡ εἴσπραξις τῶν εἰσφορῶν τῆς ἀσφαλίσεως ἀνεργίας, αἵτινες ὀφείλονται κατὰ τὴν νομοθεσίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀπὸ πρόσωπόν τι διαμένον ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους, δύναται νὰ πραγματοποιηθῇ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου τούτου Μέρους διὰ λογαριασμον τοῦ πιστωτοῦ Ὀργανισμοῦ, καθ' ὃν τρόπον ἐνεργεῖται ἡ εἴσπραξις τῶν κατὰ τὴν νομοθεσίαν τοῦ Μέρους τούτου ὀφειλομένων εἰσφορῶν.

Ἄρθρον 19ον

Απαλλαγαὶ ἀπὸ τελῶν χαρτοσήμου καί φορων, ὡς καὶ τῆς θεωρήσεως νομιμοποιήσεως, προβλεπόμεναι διά τὰ ἐπίσημα ἔγγραφα καὶ λοιπὰ δικαιολογητικά

(1) Ἐφ' ὅσον, συμφώνως πρὸς τὰς διατάξεις ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἀναφοραὶ ἢ ἕτερα ἔγγραφα προοριζόμενα νὰ ὑποβληθοῦν εἰς ἀρχὴν τινα, εἰς δικαστήριόν τι ἢ φορέα τινὰ τοῦ συμβαλλομένου τούτου Μέρους, ἀπαλλάσονται μερικῶς ἢ παντελῶς φόρων ἢ τελῶν, τὸ μέτρον τοῦτο τῆς ἀτελείας ἐπεκτείνεται καὶ ἐπὶ τῶν ἀναφορῶν ἢ ἑτέρων ἐγγάφωο, ἅτινα κατ' ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως πρόκειται νὰ ὑποβληθοῦν εἰς ἀρχὴν τινα, δικαστήριον ἢ φορέα τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους.

(2) Ἔγγραφα, τὰ ὁποῖα, κατ' ἐφαρμογὴν τῆς παρούσνς Συμβάσεως, δέον ὅπως ὑποβληῶσιν εἰς ἀρχὴν, δικαστήριον ἢ φορέα ἑνὸς συμβαλλομένου Μέρους, δὲν χρήζουν πρὸς χρησιμοποίησιν αὐτῶν ἐνώπιον ὑπηρεσιῶν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Μέρους οἵασδήποτδ νομιμοποιήσεως, ἐφ' ὅσον φέρουν τὴν ὑπηρεσιακὴν σήμανσιν ἢ τὴν ὑπηρεσιακὴν σφραγίδα τῆς ὑπηρεσίας ἥτις ἐξέδωσε τὰ ἔγγραφα ταῦτα.

Ἄρθρον 20ον

Ἄμεσος ἐπικοινωνὶα τῶν ἐνδιαφερομένων μεταξὺ τῶν. Ἐπίσημοι γλῶσσαι

(1) Αἱ Ἀρχαί, τὰ δικαστήρια καὶ οἱ Ὀργανισμοὶ ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δύνανται, κατὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως, εἰς ἑκάστην περίπτωσιν, νὰ ἔρχωνται ἀπ' εὐθείας εἰς ἐπαφὴν μεταξύ των ὡς καὶ μετὰ τῶν ἐνδιαφερομένων προσώπων ἢ τῶν ἀντιπροσώπων αὐτῶν, ἐν τῇ ἐπισήμῳ αὐτῶν γλώσσῃ.

(2) Τὰ παρὰ τῶν ἐνδιαφερομένων ὑποβαλλόμενα διακαιολογητικὰ δύνανται νὰ συντάσσωνται εἰς τὴν γερμανικὴν ἢ τὴν ἑλληνικὴν γλῶσσαν.

Ἄρθρον 21ον

Προσφυγαὶ ὑποβαλλόμεναι εἰς ἀναρμοδίας ὑπηρεσίας τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν

(1) Προσφυγαί, αἵτινες δέον νὰ ὑποβάλωνται, κατὰ τὴν νομοθεσίαν ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, εἰς Ἀρχὴν τινα, δικαστήριον, Ὀργανισμὸν ἢ ἑτέραν ὑπηρεσίαν, θεωροῦνται ὑποβληθεῖσαι εἰς τὴν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν, ἐὰν ἔχουν προσαχθῇ εἰς ἀντίστοιχον Ἀρχήν, δικαστήριον. Ὀργανισμὸν ἢ ἑτέραν ἀντίστοιχον ὑπηρεσίαν τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν. Ἡ ἡμέρα παραλαβῆς τῶντοιούτων προσφυγῶν παρὰ τῆς ἐν λόγω ὑπηρεσίας θεωρεῖται ως ἡμέρα ὑποβολῆς τούτων εἰς τὴν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Αἱ προσφυγαὶ διαβιβάζονται ἀμελλητὶ ἀπὸ τὴν ὑπηρεσίαν εἰς ἣν ὑπεβλήθησαν εἰς τὸν Ὀργανισμὸν τοῦ ἑτέρου Μέρους, ὅστις διαβιβάζει ταύτας περαιτέρω εἰς τὴν ἁρμοδίαν ὑπηρεσίαν.

Artikel 22

Zustellung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei

Bescheide des Trägers der einen Vertragspartei können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, unmittelbar durch Einschreibebrief mit Rückschein oder über den Träger dieser Vertragspartei zugestellt werden.

Artikel 23

Verwaltungsvereinbarungen

(1) Die zuständigen Behörden können die zur Anwendung dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Dabei können sie für die Erstattung von Leistungen nach Artikel 11 eine Pauschalberechnung vereinbaren.

(2) Sie können für die technische Abwicklung des Verfahrens Verbindungsstellen, die unmittelbar miteinander verkehren, benennen.

(3) Zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens wird ein Ausschuß gebildet, der aus den Leitern der für die Arbeitslosenversicherung zuständigen Abteilungen der zuständigen Behörden besteht. Diese Personen bestimmen für den Verhinderungsfall ihre Vertreter und können sich von Sachverständigen begleiten lassen. Der Ausschuß tritt zusammen, wenn ein Mitglied es wünscht, und zwar abwechselnd im Hoheitsgebiet der einen und der anderen Vertragspartei.

Artikel 24

Schiedsklausel

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 gesetzten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen.
Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Ἄρθρον 22ον

Κοινοποίησις ἀποφάσεων ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑτέρου τῶν Μερῶν

Αἱ παρὰ τινος Ὀργανισμοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ληφθεῖσαι ἀποφάσεις, δύνανται νὰ κοινοποιηθοῦν εἰς πρόσωπον διαμένον ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Μέρους ἀπ'εὐθείας διὰ συστημένης ἐπιστολῆς μετ'ἀποδείξεως ἢ μέσῳ τοῦ Ὀργανισμοῦ τοῦ Μέρους τούτου.

Ἄρθρον 23ον

Διοικητικαὶ συμφωνίαι

(1) Αἱ ἁρμόδιαι Ἀρχαὶ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν δύνανται νὰ συνάψουν συμφωνίαν σχετικὴν πρὸς τὰ ἀναγκαῖα διοικητικὰ μέτρα διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως.
Ὡσαύτως δύνανται νὰ προέλθουν εἰς συμφωνίαν διὰ τὴν κατ' ἀποκοπὴν ἀπόδοσιν τῶν ἐν ἄρθρῳ 2 προβλεπομένων παροχῶν.

(2) Δύνανται ἐπίσης, διὰ τὴν τήρησιν τῆς ἀπαιτουμένης πρὸς τοῦτο διαδικασίας, νὰ ὁρίσουν ὄργανα-συνδέσμους, οἵτινες θὰ ἐπικοινωνοῦν ἀπ'εὐθείας μεταξὺ των.

(3) Συνιστᾶται Ἐπιτροπὴ ἀποτελουμένη ἐκ τῶν προϊσταμένων τῶν ἁρμοδίων ἐπὶ τῆς ἀσφαλίσεως ἀνεργίας ὑπηρεσιῶν τῶν οἰκείων Ἀρχῶν, πρὸς διευκόλυνσιν τῆς ἐφαρμογῆς τῆς παρούσης Συμβάσεως. Τὰ ἐν λόγῳ πρόσωπα, ἐν περιπτώσει κωλύματός των, ὑποδεικνύουν τοὺς ἀναπληρωτὰς αὐτῶν, δύνανται δὲ νὰ συνοδεύωνται καὶ ὑπὸ ἐμπειρογνωμόνων. Ἡ Ἐπιτρπὴ συνέρχεται τῇ αἰτήσει ἑνὸς Μέλους ἐναλλὰξ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑνὸς καὶ τοῦ ἑτέρου Μέρους.

Ἄρθρον 24ον

Διαιτησία

(1) Ἀμφισβητήσεις περὶ τὴν ἑρμηνείαν ἢ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συμβάσεως θὰ ἐπιλύωνται ἐν τῷ μέτρῳ τοῦ δυνατοῦ μέσῳ τῶν ἁρμοδίων Ἀρχῶν τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν.

(2) Ἐφ' ὅσον ἀμφισβήτησις δὲν δύναται νὰ ἐπιλυθῇ κατὰ τὸ ἀνωτέρω τρόπον, αὕτη ὑποβάλλεται εἰς τὴν κρίσιν διαιτητικοῦ δικαστηρίου τῇ αἰτήσει ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(3) Τὸ διαιτητικὸν δικαστήριον συγκροτεῖται κατὰ περίπτωσιν, ἑκάστου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ὁρίζοντος ἀνὰ ἓν Μέλος καὶ τῶν δύο τούτων Μελῶν συμφωνούντων διὰ τὴν ἐπιλογὴν ἑνὸς πολίτου τρίτου Κράτους ὡς ἐπιδιαιτητοῦ, ὅστις διορίζεται ὑπὸ τῶν Κυβερνήσεων τῶν δύο συμβαλλομένων Μερῶν. Τὰ μέλη διορίζονται ἐντός 2, ὁ δὲ ἐπιδιαιτητὴς ἐντὸς 3 μηνῶν, ἀφ' ἧς τὸ ἓν τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἀνακοινώσῃ εἰς τὸ ἕτερον ὅτι θέλει νὰ ὑποβάλῃ τὴν διαφορὰν εἰς διαιτητικὸν δικαστήριον.

(4) Ἐφ' ὅσον αἱ ἐν παραγράφῳ 3 ὁρισθεῖσαι προθεσμίαι δὲν τηρηθοῦν, δύναται, ἐλλείψει ἑτέρας συμφωνίας, ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Μερῶν νὰ παρακαλέσῃ τὸν Πρόεδρον τοῦ Εὐρωπαϊκοῦ Δικαστηρίου τῶν Δικαιωμάτων τοῦ Ἀνθρώπου ὅπως ἀναλάβῃ τοὺς διορισμούς. Ἐφ' ὅσον ὁ Πρόεδρος εἶναι πολίτης ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἢ κωλύεται ἐξ ἄλλης αἰτίας, τότε δέον νὰ ἀναλάβῃ τοὺς διορισμοὺς ὁ Ἀντιπρόεδρος. Ἐφ' ὅσον καὶ ὁ Ἀντιπρόεδρος εἶναι πολίτης ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἢ κωλύεται καὶ οὗτος, δέον νὰ ἀναλάβῃ τοὺς διορισμοὺς τὸ ἑπόμενον κατὰ σειρὰν ἀρχαιότητος μέλος τοῦ Δικαστηρίου ἐκ τῶν μὴ κεκτημένων τὴν ἰθαγένειαν τοῦ ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Μερῶν.

(5) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον ἀποφασίζει διὰ πλειοψηφίας. Αἱ ἀποφάσεις αὐτοῦ εἶναι δεσμευτικαί. Ἕκαστον τῶν συμβαλλομένων Μερῶν ἐπιβαρύνεται μὲ τὰς δαπάνας τοῦ μέλους αὐτοῦ, ὡς καὶ τῆς ἐκπροσωπήσεώς του ἐν τῇ διαδικασίᾳ τοῦ διαιτητικοῦ δικαστηρίου. Αἱ δαπάναι τοῦ ἐπιδιαιτητοῦ, ὡς καὶ αἱ λοιπαὶ δαπάναι, βαρύνωσιν τὰ συμβαλλόμενα Μέρη κατ' ἰσομοιρίαν. Τὸ διαιτητικὸν δικαστήριον δύναται νὰ ἐνεργήσῃ ἕτερον διακανονισμὸν τῶν δαπανῶν. Κατὰ τὰ λοιπὰ τὸ διαιτητικὸν δικαστήριον ρυθμίζε- αὐτὸ τὴν διαδικασίαν του.

Artikel 25

Berufung in die Organe des deutschen Trägers

Die deutschen Rechtsvorschriften, nach denen das passive Wahlrecht zum Deutschen Bundestag Voraussetzung für die Berufung als Mitglied der Organe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist, werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel 26

Übergangsregelungen

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten. Bei Anwendung der Vorschriften des Abschnitts III sind jedoch auch Tatbestände zu berücksichtigen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens liegen.

(2) Leistungen an Versicherte, die nach dem 30. September 1961 ihren gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der Vertragspartei verlegt haben, deren Träger die Leistungen auf Grund eines besonderen Gesetzes oder eines Regierungsbeschlusses gewährt hat, werden dem Träger nach Maßgabe des Artikels 11 auch für Zeiten erstattet, die zwischen dem Zeitpunkt der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthaltes und dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens liegen.

(3) Tritt das Abkommen außer Kraft, so ist jede Person, die auf Grund seiner Bestimmungen am Tage des Außerkrafttretens Leistungen der Arbeitslosenversicherung auf Grund des Abschnitts III bezieht, berechtigt, nach Maßgabe der genannten Bestimmungen weiterhin Leistungen zu beziehen.

Artikel 27

Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreiches Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 28

Ratifikation — Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Athen ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tage des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Artikel 29

Geltungsdauer — Kündigung

Dieses Abkommen bleibt für ein Jahr nach seinem Inkrafttreten gültig. Seine Geltungsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern es nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende schriftlich gekündigt wird.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 31. Mai 1961 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland

Carstens

Claussen

Für das Königreich Griechenland

Ypsilanti

Ἄρθρον 25ον

Ἐκλογὴ τῶν ὀργάνων τῶν γερμανικῶν ὀργανώσεων

Δὲν θίγονται διὰ τῆς παρούσης Συμβάσεως αἱ διατάξεις τῆς γερμανικῆς νομοθεσίας, αἱ ὁποῖαι ἐξαρτοῦν τὸ δικαίωμα ἐκλογῆς τῶν ὀργάνων τοῦ Ὁμοσπονδιακοῦ Ὀργανισμοῦ Ἀπασχολήσεως καὶ Ἀσφαλίσεως Ἀνεργίας ἐν τοῦ δικαιώματος ἐκλογῆς των εἰς τὴν Ὁμοσπονδιακὴν Γερμανικὴν Βουλήν.

Ἄρθρον 26ον

Μεταβατικαὶ διατάξεις

(1) Δυνάμει τῆς παρούσης Συμβάσεως δὲν θεμελιοῦται δικαίωμα ἐπὶ τὰς παροχὰς διὰ τὸν πρὸ τῆς θέσεως αὐτῆς ἐν ἰσχύϊ χρόνον. Πάντως διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν διατάξεων τοῦ τίτλου 3 τῆς παρούσης Συμβάσεως λαμβάνονται ὑπ' ὄψιν τὰ ἐν τοῖς ἄρθροις αὐτοῦ ἀναφερόμενα πραγματικὰ περιστατικὰ ἔστω καὶ ἐὰν ταῦτα ἐμπίπτουν εἰς χρόνον πρὸ τῆς ἰσχύος ταύτης.

(2) Παροχαὶ πρὸς ἠσφαλισμένους, οἱ ὁποῖοι μεταφέρουν τὴν διαμονήν των μετὰ τὴν 30ὴν Σεπτεμβρίου 1961 εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, χορηγούμεναι ὑπὸ τοῦ Ὀργανισμόῦ τοῦ Μέρους τούτου δυνάμει εἰδικοῦ νόμου ἢ πράξεως τοῦ Ὑπουργικοῦ Συμβουλίου τῆς χώρας αὐτοῦ, θὰ ἀποδοθοῦν εἰς τὸν Ὀργανισμὸν τοῦτον κατὰ τὰ ἐν ἄρθρῳ 2 ὁριζόμενα καὶ διὰ τὴν χρονικὴν περίοδον, ἡ ὁποία τυχὸν μεσολαβεῖ μεταξὺ τῆς μεταφορᾶς τῆς διαμονῆς καὶ τῆς θέσεως ἐν ἰσχύϊ τῆς παρούσης Συμβάσεως.

(3) Μετὰ τὴν λῆξιν τῆς ἰσχύος τῆς παρούσης Συμβάσεως πᾶν πρόσωπον δικαιούμενον παροχῶν ἀσφαλίσεως ἀνεργίας ἐπὶ τῇ βάσει τῶν διατάξεων τοῦ κεφαλαίου 3 κατὰ τὸν χρόνον ἐκπνοῆς τῆς ἰσχύος τῆς Συμβάσεως, θέλει διατηρήσει τὸ δυνάμει τῶν διατάξεων αὐτῆς κτηθὲν δικαίωμα.

Ἄρθρον 27ον

Διάταξις ἀφορῶσα τὸ Βερολῖνον

Ἡ παροῦσα Σύμβασις ἰσχύει ἐπίσης καὶ διὰ τὴν χῶραν τοῦ Βερολίνου, ἐφ' ὅσον ἡ Κυβέρνησις τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας, ἐντὸς τριῶν μηνῶν ἀπὸ τῆς θέσεως τῆς Συμβάσεως ἐν ἰσχύϊ, δὲν γνωστοποιήση πρὸς τὴν Κυβέρνησιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἀντίθετον γνώμην.

Ἄρθρον 28ον

Ἐπικύρωσις-Θέσις ἐν ἰσχὺϊ

(1) Ἡ παροῦσα Σύμβασις χρήζει ἐπικυρώσεως. Τὰ ἐπικυρωτικὰ ἔγγραφα δέον νὰ ἀνταλλαγοῦν ἐν Ἀθήναις τὸ δυνατὸν ταχύτερον.

(2) Ἡ Σύμβασις θέλει τεθῇ ἐν ἰσχύϊ ἀπὸ τῆς πρώτης τοῦ δευτέρου μηνός, ὅστις ἀκολουθεῖ τὸν μῆνα τῆς ἀνταλλαγῆς τῶν ἐπικυρωτικῶν ἐγγράφων.

Ἄρθρον 29ον

Διαρκεια ἰσχύος -Καταγγελια-

Ἡ ἰσχὺς τῆς παρούσης Συμβάσεως συμφωνεῖται δι' ἓν ἔτος, ἀπὸ τῆς ἡμερομηνίας θέσεως αὐτῆς ἐν ἰσχύϊ. Ἡ ἰσχὺς της θὰ ἀνανεοῦται σιωπηρῶς ἀπὸ ἔτους εἰς ἔτος, ἐκτὸς παταγγελίας της, ἐγγράφως γινομένης, τρίμηνον τοὐλάχιστον πρὸ τῆς λήξεώς της καὶ ἰσχυούσης διὰ τὸ τέλος τοῦ ἔτους.

Ἐφ'ῷ οἱ διαπεπιστευμένοι τῶν δύο χωρῶν ὑπέγραψαν τὴν παροῦσαν Σύμβασιν καὶ ἔθεσαν ἐπ'αὐτῆς τὰς σφραγίδας αὐτῶν.

Ἐγένετο ἐν Βόννῃ τῇ 31η Μαΐου 1961 εἰς τέσσαρα πρωτότυπα, ἐξ'ὧν δύο εἰς τὴν ἑλληνικὴν καὶ δύο εἰς τὴν γερμανικὴν γλῶσσαν, ἀμφοτέρων τῶν κειμένων ἐχόντων ἴσην ἰσχύν.

Διὰ τὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας

Carstens

Claussen

Διὰ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος

Ypsilanti

Schlußprotokoll zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung

Τελικὸν Πρωτόκολλον τῆς Συμβάσεως μεταξὺ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος περὶ ἀσφαλίσεως κατὰ τῆς ἀνεργίας

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland geschlossenen Abkommens über Arbeitslosenversicherung haben die Unterzeichneten folgendes vereinbart:

1.

Beantragt eine der in Artikel 3 des Abkommens genannten Personen, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ohne Verletzung der Rechtsvorschriften über die Beschäftigung von Ausländern eine Beschäftigung ausgeübt hat, Leistungen nach den in Artikel 2 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei, so soll der Träger dieser Vertragspartei ihr eine solche Leistung nicht allein aus dem Grunde versagen, weil die Befugnis zur erneuten Aufnahme einer Beschäftigung in deren Hoheitsgebiet an die Erteilung einer Genehmigung durch die Behörden gebunden ist.

2.

Die Regierungen der beiden Vertragsparteien werden die geltenden Vorschriften über die Beschäftigung und den Aufenthalt von Ausländern im Geiste dieses Abkommens anwenden.

3.

Dieses Schlußprotokoll ist Bestandteil des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über Arbeitslosenversicherung. Es tritt an demselben Tage in Kraft wie das Abkommen und bleibt ebensolange wie dieses in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Schlußprotokoll unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am 31. Mai 1961 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in griechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Carstens
Claussen

Für das Königreich Griechenland
Ypsilanti

Κατὰ τὴν ὑπογραφὴν τῆς συνομολογηθείσης σήμερον Συμβάσεως μεταξὺ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίακαὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος περὶ ἀσφαλίσεως κατὰ τῆς ἀνεργίας οἱ ὑπογράφοντες συνεφώνησαν τὰ ἀκόλουθα:

1

Ἐὰν πρόσωπόν τι ἐκ τῶν ἀναφερομένων ἐν ἄρθρῳ 3 τῆς Συμβάσεως, ἐργασθὲν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου τῶν συμβαλλομένων Μερῶν, ἄνευ παραβιάσεως τῆς νομοθεσίας περὶ ἐργασίας ἀλλοδαπῶν, αἰτεῖται τὴν χορήγησιν παροχῶν βάσει τῆς νομοθεσίας τοῦ ἑτέρου Μέρους, τῆς προβλεπομένης ἐν ἄρθρῳ 2 τῆς Συμβάσεως, ὁ Ὀργανισμὸς τοῦ ἑτέρου Μέρους δὲν δύναται νὰ ἀρνηθῇ τὴν χορήγησιν τῆς τοιαύτης παροχῆς διὰ μόνον τὸν λόγον ὅτι τὸ δικαίωμα συνάψεως νέας συμβάσεως ἐργασίας ὑπόκειται εἰς τὴν ἔγκρισιν τῶνἁρμοδίων ἀρχῶν.

2

Αἱ Κυβερνήσεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Μερῶν θὰ ἐφαρμόζουν τὰς ἰσχυούσας διατάξεις περὶ ἀπασχολήσεως καὶ διαμονῆς τῶν ἀλλοδαπῶν ὑπὸ τὸ πνεῦμα τῆς παρούσης Συμβάσεως.

3

Τὸ παρὸν τελικὸν Πρωτόκολλον ἀποτελεῖ ἀναπόσπαστον τμῆμα τῆς Συμβάσεως μεταξὺ τῆς Ὁμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας καὶ τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος περὶ ἀσφαλίσεως κατὰ τῆς ἀνεργίας, θέλει δὲ τεθῇ ἐν ἰσχύϊ ἀπὸ τῆς αὐτῆς ἡμέρας, καθ' ἣν καὶ ἡ Σύμβασις καὶ θὰ παραμένῃ ἐν ἰσχύϊ δι' ὅσον καὶ αὕτη χρόνον.

ΕΦ' Ω ΟΙ διαπεπιστευμένοι τῶν δύο Μερῶν ὑπέγραψαν τὸ παρὸν τελικὸν πρωτόκολλον καὶ ἔθεσαν ἐπ' αὐτοῦ τὰς σφραγίδας αὐτῶν.

ΕΓΕΝΕΤΟ ἐν Βόννῃ τῇ 31ῃ Μαΐου 1961 εἰς τέσσαρα πρωτότυπα ἀνὰ δύο εἰς τὴν γερμανικὴν καὶ ἑλληνικὴν γλῶσσαν, ἀμφοτέρων τῶν κειμένων ἐχόντων ἴσην ἰσχύν.

Διὰ τὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν τῆς Γερμανίας
Carstens
Claussen

Διὰ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος
Ypsilanti

Denkschrift zum Abkommen und zum Schlußprotokoll

Seit dem Abschluß der Vereinbarung vom 30. März 1960 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Griechenland über die Anwerbung und Vermittlung von griechischen Arbeitnehmern nach der Bundesrepublik Deutschland (Bundesanzeiger Nr. 25 vom 4. Februar 1961) ist die Zahl der in der Bundesrepublik einschließlich des Landes Berlin beschäftigten griechischen Arbeitnehmer sprunghaft angestiegen. Während die Zahlen für den Stichtag (30. Juli) der Jahre 1954 bis 1959 ein langsames aber stetiges Ansteigen der Zahl der beschäftigten griechischen Arbeitnehmer von 548 im Jahre 1954 auf 4089 im Jahre 1959 aufweisen, betrugen die entsprechenden Zahlen 1960 bereits 13 005 (davon 1526 Frauen) und 1961 40 768 (davon 8762 Frauen); am 30. September 1961 wurden bereits 53 049 griechische Arbeitnehmer gezählt.

Im Gegensatz zu den italienischen Arbeitnehmern finden sich unter den aus Griechenland angeworbenen Arbeitskräften kaum Saisonarbeiter oder — soweit sich das nach den bisher vorliegenden geringen Erfahrungen beurteilen läßt — solche, die nach nur einjähriger oder kürzerer Beschäftigung in ihr Heimatland zurückkehren; vielmehr dürfte ein erheblicher Teil dieser Arbeitskräfte ein Verbleiben in der Bundesrepublik für dauernd oder doch für längere Zeit anstreben. Verhältnismäßig wenige griechische Arbeitnehmer sind im Bau- und Bauhilfsgewerbe tätig (am 31. Juli 1961 = 3304 oder rd. 8 v. H.); weitaus den größten Anteil haben die eisen- und metallerzeugenden oder -verarbeitenden Betriebe aufgenommen (18 003, davon 3305 Frauen, das sind rd. 40 v. H. von der Zahl der griechischen Arbeitnehmer insgesamt bzw. rd. 38 v. H. der weiblichen griechischen Arbeitnehmer). Im Wirtschaftsbereich Textil und Bekleidung waren am genannten Stichtag 4543 griechische Arbeitnehmer beschäftigt, darunter 2019 Frauen; das entsprach bei den Frauen einem Anteil von 23 v. H. Die Zahl der von Januar bis einschließlich September 1961 neu hereingekommenen griechischen Arbeitnehmer beträgt 28 343; davon sind 16 075 durch die auf Grund der Anwerbevereinbarung geschaffene deutsche Kommission in Griechenland angeworben worden. Diese Zahl hat sich nach einer Meldung vom 23. November 1961 bereits auf 20 000 erhöht. Gebietlich verteilen sich am 30. Juni 1961 die in der Bundesrepublik und im Land Berlin beschäftigten griechischen Arbeitnehmer in erster Linie auf Nordrhein-Westfalen (14 408 = rd. 35 v. H.) und Baden-Württemberg (13 136 = rd. 32 v. H.), gefolgt von Bayern (6782 = rd. 16,5 v. H.) und Hessen (3010 = rd. 7,5 v. H.).

Demgegenüber spielt die Zahl der deutschen Arbeitnehmer in Griechenland keine Rolle. Es liegen zwar keine zuverlässigen Zahlen vor, doch dürfte eine Schätzung aus dem Jahre 1959, nach der mit nur 500 bis 1000 Arbeitnehmern zu rechnen war, auch heute noch zutreffen; diese Arbeitnehmer dürften überdies überwiegend nur vorübergehend von ihren deutschen Unternehmen nach Griechenland entsandt sein, um dort Aufträge zur Erschließung von Braunkohlenvorkommen, zum Bau von Elektrizitätswerken und anderen Vorhaben auszuführen. Sie werden dann hinsichtlich der Sozial- und Arbeitslosenversicherung ihres Beschäftigungsverhältnisses ohnehin den deutschen Rechtsvorschriften unterliegen.

Wesentliche Grundsätze des Abkommens sind die gegenseitige Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und der Flüchtlinge auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe, die Berücksichtigung im anderen Vertragsstaat zurückgelegter Versicherungszeiten für die Erfüllung der Anwartschaftszeit und die Aufrechterhaltung und Mitnahme des Leistungsanspruchs eines Arbeitslosen, der in das Gebiet des anderen Vertragsstaates zurückkehrt. Das vorliegende Arbeitslosenversicherungsabkommen wird in erster Linie den auf Grund der o. a. Anwerbevereinbarung zur Arbeitsleistung in der Bundesrepublik oder im Land Berlin angeworbenen griechischen Arbeitnehmern sozialen Schutz für den Fall der Arbeitslosigkeit nach Rückkehr in ihr Heimatland gewährleisten. Es bildet damit einen notwendigen Beitrag zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes, der auf die Anwerbung griechischer Arbeitnehmer angewiesen ist, die im übrigen nach übereinstimmenden Berichten in den Betrieben ein sehr zuverlässiges und verträgliches Element sind. Das Abkommen entlastet zugleich den griechischen Arbeitsmarkt und stellt somit einen weiteren Beitrag für die Zusammenarbeit des freien Europas dar.

Zum Abkommen im einzelnen

Abschnitt I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 enthält die üblichen Begriffsbestimmungen.

Artikel 2 bestimmt in der üblichen Weise den sachlichen Geltungsbereich; dieser erstreckt sich in der Bundesrepublik auf die Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenhilfe, in Griechenland auf die Rechtsvorschriften über die Arbeitslosenversicherung und das in etwa der Arbeitslosenhilfe entsprechende beitragsfreie System der Leistungen an Arbeitslose, die die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllen. Der Geltungsbereich schließt ferner die Rechtsvorschriften ein, durch welche die genannten Gesetze zusammengefaßt, geändert oder ergänzt werden, jedoch nicht, soweit solche Änderungen oder Ergänzungen auf Gegenseitigkeitsabkommen mit dritten Staaten oder

auf Rechtsvorschriften der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beruhen, es sei denn, daß die Vertragsparteien es vereinbaren.

Nach **Artikel 3** gilt das Abkommen, von einigen Sondervorschriften (Artikel 6 Abs. 2) abgesehen, für die beiderseitigen Staatsangehörigen und Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951; ausgenommen bleiben Seeleute der Handelsmarine, die in Griechenland auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit für den Fall der Arbeitslosigkeit einem Sondersystem unterliegen.

Artikel 4 enthält die übliche Gleichbehandlungsklausel im Rahmen des sachlichen und persönlichen Geltungsbereiches des Abkommens.

Artikel 5 regelt die Wirkung von Einkünften oder Erwerbstätigkeiten auf eine Leistung der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitslosenhilfe oder aber auf die Versicherungspflicht eines Beschäftigungsverhältnisses im anderen Vertragsstaat; danach ist beispielsweise die von einem griechischen Versicherungsträger einem Empfänger von Unterstützung aus der deutschen Arbeitslosenhilfe gewährte Rente ebenso auf die Leistung der Arbeitslosenhilfe anzurechnen wie die von einem deutschen Versicherungsträger gewährte Rente (§ 150 AVAVG); weiterhin soll u. a. ein Beschäftigungsverhältnis in Anwendung des § 57 AVAVG auch dann versicherungsfrei sein, wenn die wegen Erwerbsunfähigkeit gewährte Rente nicht von einem deutschen, sondern von einem griechischen Versicherungsträger gewährt wird.

Abschnitt II

Arbeitslosenversicherungspflicht

Artikel 6 enthält in Absatz 1 den Grundsatz der Maßgeblichkeit des am Beschäftigungsort geltenden Rechtes, während nach Artikel 2 das Recht des Wohnortstaates dann anzuwenden ist, wenn dies auf Grund eines Abkommens über Soziale Sicherheit für den Bereich der Sozialversicherung zu geschehen hat. Absatz 3 räumt Arbeitnehmern und Arbeitgebern in wechselseitigem Einverständnis das Recht ein, die Anwendung des Rechtes eines anderen Vertragsstaates als des nach den Absätzen 1 und 2 zuständigen Rechtes zu beantragen. Dieser Vorschrift kommt im wesentlichen im Hinblick auf Beschäftigungen, die in Ausstrahlung einer inländischen Beschäftigung im anderen Vertragsstaat ausgeübt werden, und zwar dann Bedeutung zu, wenn für den Bereich der Sozialversicherung ein vertragsloser Zustand besteht.

Abschnitt III

Leistungsrecht

Artikel 7 enthält den allgemeinen Grundsatz der Maßgeblichkeit des Rechts des Vertragsstaates, in dessen Gebiet der Anspruch geltend gemacht wird.

Artikel 8 regelt die Zusammenrechnung der in beiden Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten, soweit der Rückgriff auf Beschäftigungen im anderen Vertragsstaat erforderlich ist, um die Anwartschaftszeit zu erfüllen. Der Rückgriff ist nach Absatz 2 jedoch nur zulässig, wenn der Arbeitnehmer nach seiner letzten Einreise in das Gebiet des Staates, in dem er den Anspruch geltend macht, mindestens vier Wochen als Arbeitnehmer beschäftigt gewesen ist (Buchstabe a), es sei denn, er besitze die Staatsangehörigkeit dieses Vertragsstaates (Buchstabe b) oder aber er habe dort früher schon einmal eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt. Durch die Erleichterungen nach den Buchstaben b und c sollen Härten ausgeschlossen werden, wenn Arbeitnehmer den Wunsch haben, in ihr Heimatland oder in den Vertragsstaat zurückzukehren, in dem sie ihren eigentlichen Lebensraum haben oder doch bereits einmal hatten. Absatz 3 sieht deshalb zusätzlich vor, daß in den Fällen nach Buchstaben b und c eine Sperrfrist nicht allein deshalb zu verhängen ist, weil der Arbeitslose seine Beschäftigung im anderen Vertragsstaat nur aufgegeben hat, um in das Gebiet des in Buchstaben b und c bezeichneten Staates zurückzukehren.

Artikel 9 sieht in Absatz 1 als Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld das durchschnittliche tarifliche oder, wenn ein Tarif nicht besteht, das ortsübliche Arbeitsentgelt einer vergleichbaren Beschäftigung am Wohnort vor. Damit sollen die Unzulänglichkeiten, die eine Bemessung der Leistung nach dem im Beschäftigungsstaat erzielten Arbeitsentgelt mit Rücksicht auf die Unterschiede im Lohnniveau und den Lebenshaltungskosten mit sich bringen würde, vermieden werden. Durch Absatz 2 werden Angehörige des Leistungsempfängers, die sich im anderen Vertragsstaat befinden, mit denen gleichgestellt, die sich im Inland aufhalten. Diese für die Bemessung des Arbeitslosengeldes hinsichtlich der Familienzuschläge wichtige Bestimmung entspricht deutschem Recht.

Artikel 10 beschränkt in Absatz 1 die Anspruchsdauer, für deren Begründung auf Versicherungszeiten zurückgegriffen werden kann, die im anderen Vertragsstaat zurückgelegt worden sind, auf 26 Wochen. Das entspricht dem deutschen Recht, das nach § 87 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einen über 26 Wochen hinausgehenden Anspruch ausdrücklich nur dann einräumt, wenn die Beschäftigung nicht nur versicherungspflichtig, sondern auch beitragspflichtig gewesen ist; es beschränkt also einen weitergehenden Anspruch auf solche Personen, die besonders lange Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung entrichtet haben (BT-Drucksache 1274 der 2. Wahlperiode, S. 127, Begründung des Regierungsentwurfs zu § 99 Abs. 2 AVAVG). Nach den Absätzen 2 und 3 des Artikels 10 sind auf die Anspruchsdauer Zeiten anzurechnen, für die dem Arbeitslosen während der letzten 12 Monate schon im anderen Vertragsstaat Leistungen gewährt oder wegen Arbeitsablehnung oder unberechtigter Arbeitsaufgabe oder selbstverschuldeter Entlassung versagt worden sind; das soll aber nicht gelten, wenn der Arbeitslose seitdem erneut die Anwartschaftszeit erfüllt, d. h. für den Geltungsbereich des AVAVG, wenn er in beiden Vertragsstaaten zusammen mindestens 26 Wochen in

versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden hat. Siedelt der Arbeitnehmer während der Arbeitslosigkeit in den anderen Vertragsstaat über und liegen die Voraussetzungen des Artikels 8 Abs. 2 Buchstabe b oder c vor, so wirken Sperrfristen und Leistungsentzug in dem Staat des neuen Wohnortes ebenso und für die gleiche Dauer, wie sie im Herkunftsland gewirkt hätten (Artikel 10 Abs. 4); damit soll vermieden werden, daß ein Arbeitsloser sich nur in den anderen Vertragsstaat begibt, um dort gegen ihn verhängten Leistungsbeschränkungen zu entgehen.

Artikel 11 regelt die Erstattung der Leistungen des Versicherungsträgers des Wohnortes durch den für den Beschäftigungsort im anderen Vertragsstaat zuständigen Versicherungsträger. Mit Rücksicht auf die Einseitigkeit der Wanderungsbewegung hat diese Vorschrift besondere Bedeutung für die griechische Anstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von mindestens 26 Wochen für 78 Leistungstage bzw. nach einer solchen Beschäftigung von mehr als drei Jahren für 125 Leistungstage 85 v. H. der Leistungen für nach Griechenland zurückgekehrte Arbeitnehmer erstatten wird, die der Versicherungsträger nach griechischen Rechtsvorschriften gewährt hat. Die Zahl der Tage, für welche die Leistungen zu erstatten sind, verringert sich um die Zeiten des Bezuges von Arbeitslosengeld in der Bundesrepublik auf Grund der gleichen Beschäftigungszeit. Die der Bundesanstalt entstehenden Kosten dieser Erstattungsregelung lassen sich auch nicht sehr grob schätzen, da nicht bekannt ist, wie viele griechische Arbeitnehmer in ihr Heimatland zurückkehren werden. Es hat jedenfalls den Anschein, daß nur sehr wenige schon nach Ablauf eines Jahres zurückkehren. Bei Beschäftigung von mindestens 26 Wochen bis zu 3 Jahren würde die Bundesanstalt für jeden zurückkehrenden und in Griechendland arbeitslos bleibenden Arbeitnehmer insgesamt 350 DM aufzuwenden haben. Bei vollem Beitrag von 2 v. H. und ohne Aussetzung der Beitragsleistung würden der Bundesanstalt für die Beschäftigung eines solchen Arbeitnehmers jährlich etwa 127 DM zufließen. Bei anhaltender Konjunktur dürfte der Bundesanstalt unter den gegebenen Umständen keine nennenswerte Belastung entstehen. Andererseits würde selbst im Falle der Rückkehr größerer Kontingente griechischer Arbeitnehmer in ihr Heimatland die ggf. noch entstehende Belastung gegenwärtig aus arbeitsmarktpolitischen Gründen gerechtfertigt sein.

Artikel 12 sieht die entsprechende Anwendung der Grundsätze der Artikel 7, 8 und 9 auch für die beitragsfreien Systeme, d. h. in der Bundesrepublik für die Arbeitslosenhilfe, vor.

Abschnitt IV

Verfahrens-, Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 13 bis 25 enthalten die üblichen Bestimmungen über Zahlungsverkehr, Umrechnung, Arbeits- und Rechtshilfe, gegenseitige Unterrichtung und den Abschluß von Verwaltungsvereinbarungen, Erstattung von Vorschüssen der Fürsorgeträger und zu Unrecht gewährter Leistungen, Übergang von Schadenersatzansprüchen gegen Dritte, Beitragseinzug zugunsten des Trägers der anderen Vertragspartei, Steuer-, Gebühren- und Legalisationsbefreiung für Schriftstücke, unmittelbaren Verkehr der Beteiligten und Schriftverkehr, Fristwahrung, Zustellung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, Abschluß von Verwaltungsvereinbarungen, Beilegung von Streitigkeiten und über die Berufung in die Organe der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Artikel 26 regelt in Absatz 1 die Leistungsansprüche für Zeiten der Arbeitslosigkeit vor dem Inkrafttreten des Abkommens sowie die Anwendbarkeit des Abkommens auf Tatbestände aus der Zeit vor seinem Inkrafttreten. Nach Absatz 2 hat die Bundesanstalt nach Maßgabe des Artikels 11 auch Leistungen zu erstatten, die Versicherten gewährt wurden, die nach dem 30. September 1961, aber vor dem Inkrafttreten des Abkommens, nach Griechenland zurückgekehrt sind.

Artikel 27 bis 29 behandeln in der üblichen Weise die Geltung des Abkommens im Land Berlin, Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer und Kündigung.

Zum Schlußprotokoll

Nummer 1 soll ausschließen, daß dem Arbeitslosen Leistungen aus dem Abkommen nur deshalb verweigert werden, weil die erneute Aufnahme einer Beschäftigung im Hoheitsgebiet des betreffenden Staates von der Erteilung einer Arbeitserlaubnis abhängig ist.

Nummer 2 stellt eine „good will"-Erklärung für die Anwendung der beiderseitigen Vorschriften über die Beschäftigung von Ausländern dar.

Nummer 3 enthält die übliche Feststellung, daß das Schlußprotokoll Bestandteil des Abkommens ist und zum gleichen Zeitpunkt wie dieses in Kraft tritt.

Bo 15 631 3. 62